

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57  
Wintereisfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt C 5090 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postvertragsliste Nr. 3164

## Die deutschen Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Während in den beiden ersten Kriegsjahren die Ernährungsfrage als erträglich angesehen werden konnte (gemessen an den Erichvernissen dieser jurdubaren Weltkriegszeit), hat sich seit etwa Jahresfrist in rapid steigendem Maße ein ungeheurer Zustand herausgebildet, der jeglicher Kritik spottet und dem man nicht mehr beikommen kann mit Reden und Schreiben, sondern nur durch Aenderung des Systems der Produktion, Beschaffung und Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel.

Parlament und Presse haben sich als völlig ohnmächtig erwiesen, den hartnäckigen Widerstand zu überwinden, der durch Erzeuger, Händler und Zwischenhändler (und zum Teil auch reiche Verbraucher) geleistet wird, um eine gerechte Verteilung der Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen hintanzuhalten. Daß ein gut Teil der Wirrnisse und Nutztragslosigkeit auf diesem Gebiete jedoch auch der Bureaukratie zur Last fällt, die vor lauter „Organisationen“, Verordnungen und Neueregungen sich selber nicht mehr auskennt, ist außer Frage.

Die Spitze des Widerstandes — das tritt immer klarerutage — bildet der preussische Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer, der in den letzten Tagen mit seiner Flucht in die Unentschiedenheit des Dreiklassenparlaments dokumentarisch bewiesen hat, daß es hier kein Ueberbrücken der Gegensätze, sondern nur ein Entweder-Oder geben kann. Die Schorlemerische Trugrede vom 7. März 1917 wird ein Zeitdokument bleiben. Der preussische Landwirtschaftsminister hat dem Reichstag, dem Kriegsernährungsamt und den Verbrauchern heftigste Fehde angekündigt. Schorlemer wird ferner den gesamten deutschen Gewerkschaften wie dem Professor Elybacher in den größten Tönen Unkenntnis vor. Ihre Darstellungen seien „ungetrübt durch jede Sachkenntnis“. Wir drücken weiter hinten die Eingaben der deutschen Gewerkschaften ab, und unsere Leser mögen selber sorgfältig prüfen, woher der preussische Landwirtschaftsminister „die Stirn beißt“ (um mit dessen eigenen Worten zu reden), diese beweiskräftigen und wohlüberlegten Darstellungen zu bekämpfen. Hat doch selbst der neue preussische Staatskommissar für die Ernährungsfragen Dr. Mikaelis im Abgeordnetenhaus erklären müssen:

„In den Mühlen, insbesondere in den kleinen, ist vielfach gegen die bestehenden Bestimmungen gehandelt und mehr als zulässig ausgefallen worden. So ist ein Rechtskonsum eingetreten, der unsere Verträge in der ersahrenden Weise hat zum Sinken bringen lassen. Demgegenüber eine weit ausgebreitete erwiesene Veruntreuung des Getreides. Da muß zugefaßt werden, solange es Zeit ist und mit der überhaupt möglichen Strafe und Sanktion.“

... Durch Zentralisation der verschiedenen Kriegsorganisationen auf dem Ernährungsgebiete muß es erreicht werden, daß

sachverständig eingegriffen wird. Diese Zentralisation in der Person des Staatskommissars ist das Wesentliche, was geschaffen werden sollte mit meinem Amte. Dadurch wird die Einheitlichkeit gewährleistet. Wenn etwa in ganz anderer Weise als bisher das nicht der Beschlagnahme Unterliegende herangezogen werden soll, wenn die Reserven im Lande für die Allgemeinheit dienstbar gemacht werden sollen, dann muß ich selbstverständlich irgendwie bestehende Rücksichten gegen weitere Einschränkungen in ländlichen Kreisen beiseite schieben. Irgendeine Reibung zwischen mir und irgendeinem anderen Ressort in Preußen kann da nicht entstehen. Dazu wird kein Minister die Hand geben, das zu verweigern, was in dieser letzten großen Not für die Ernährung der Bevölkerung nötig ist. Die noch in größeren Quantitäten auf dem Lande vorhandenen Lebensmittel müssen durch wirksame Organisation für die Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung über das Mindestmaß hinaus, was wir an Brot, an Fleisch und an Fett geben können, herangezogen werden. Mich beirrt keiner, mich besetzt nur der Gedanke an den Sieg auf innerem Gebiete. Wer mich kennt, der weiß, daß ich kein Amt übernehme, das ein Schwert ist ohne Zähne, und ich würde es auch nicht behalten, wenn irgendeiner verjuchen sollte, das Schwert stumpf zu machen.“

Das sind immerhin kräftige Worte, und jeder weiß, an wen sie gerichtet sind. Aber wir wollen unsere Hoffnung auch auf Herrn Mikaelis nicht gar so hoch schrauben. War doch das erste Auftreten des „Lebensmitteldiktators“ v. Patocki nicht minder hoffnungsvoll! Er hat bei aller Vielgeschäftigkeit im Reden und Verordnen keine einiaermaßen befriedigende Lösung der Ernährungsfragen zustande gebracht, und es scheint ganz so, als wolle man aus den bösen Erfahrungen des letzten Kriegsjahres wenig lernen. Schon künftigen Obst- und Gemüsehändler schier wahrwichtige Preis-„Mittlinien“ für die neue Ernte an, die noch nicht einmal im Entstehen begriffen ist.

Es scheint fast, als seien die Konsumenten auch weiterhin rettungslos der schrankenlosen Profitierer der Erzeuger und Händler ausgeliefert und als wolle die Staats- und Stadtverwaltungsmaaschinerie auch weiterhin unter Nachzogen und Anarren diesen Schlammweg beibehalten, der uns immer tiefer in den Sumpf führt.

Wenn schon die moralischen, sozialen und rechtlichen Argumente gegen das bisherige Ernährungschaos nichts anrichten, so sollten die leitenden Kreise des Reichs doch bedenken, daß es sich gleichzeitig um eine Frage handelt, die an einem gewissen Punkte die exakte Fortführung der Landesverteidigung hemmen kann.

Noch ist es Zeit zum Einlenken und zur Umkehr von dem bisherigen verhängnisvollen Pfade der ansatzproduzenten Erzeuger- und Händlerbeamtung. Die Millionen der Verbraucher, insonderheit soweit sie in den Großstädten schier ohnmächtig diese unerträglichen Zustände über sich ergehen lassen müssen, sollten endlich gehört werden.

In den nachstehend abgedruckten Eingaben kommt klar zum Ausdruck, was zu tun ist und worauf es ankommt! Weder Hr. v. Schorlemer, noch gar die Interessentenfreie, die sich um den Fund der Landwirte usw. scharen, dürfen in dieser wichtigsten Volksfrage der Gegenwart und der nächsten Zukunft dauernd den Ausschlag geben.

Es kann nicht schief genug herausgehoben werden:

**Schafft Abhilfe, ehe es zu spät ist!**

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperchaften angeschlossenen Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerbetreibenden (D. V.), Politische Berufsvereinigungen, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angekellertenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichskanzler betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Herr Excellenz! Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Ihrer Excellenz Kenntnis von der beilegenden Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erfahrung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beeinträchtigt wird. Diese Bemerkungen einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur kaustischen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerhande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Forderungen übernommen haben, nach denen Kräfte für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abklärung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Beschlüsse desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Untere Ämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Betriebs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die erwünschte Erwägung zu ziehen und sobald im Besonderenwege zur Verwirklichung zu bringen. (Unterschriften.)

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts, be treffend Organisation der Lebensmittelversorgung, lautet:

Herr Excellenz! Die Lebensmittelversorgung in Deutschland spinnt sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Fatale nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der minder bemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten, eine wachsende Erregung bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben

kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten heraufordert.

Diese Verteilung entbehrt der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie begünstigt solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Bewußtlose Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gewinnes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt ist nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen leben tieferen Eingriffen in die landwirtschaftliche Erzeugungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es das preussische Landwirtschaftsministerium, das sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausweitung der Lebensmittelkosten des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgeprochen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Werten mit einer gefunden, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Kriegesabsolut unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Rücksichtnahme auf die Erzeuger und Scheu vor schärferen Zentralmaßnahmen müssen dann dienen, die Wege offenzubehalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft vereitelt und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Gespött gemacht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Diensten der Landeswohlfahrt und Kriegswirtschaft gestellt haben, und deren Bemerkungen über die Stimmungen unseres Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.

Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der Kartoffelversorgung gemachten Erfahrungen große Enttäuschung aufgeschaut. Die im Widerspruch zu dem harten Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Einzelfall nicht bloß auf die Unannehmlichkeiten natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Einschränkung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis mußte aber unter allen Umständen vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Winterernte, auf ungenügende Transportverhältnisse und auf Erschwerung der Erntearbeiten zurückzuführen, begreift berechtigten Zweifel. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Einzelfall geringer ausgefallen worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschennahrung zu entnehmen und für Fütterungszwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigenmächtigen Eingriffen leicht möglich ist. Die Preisanschläge für eingewinterte Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geeignet, zur Zurückhaltung anzureizen und die weitere Winterversorgung zu stören. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die rechtzeitige Zuführung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Verabreitung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energig Widerspruch erheben. — Es ist sobald als irgend möglich eine Bekandonaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verführungsverbot von Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Auch die Prosvversorgung, die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungerächterfälligen örtlichen Preisunterschieden, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weißgebäck und Kuchen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Wir wenden uns dagegen, daß eine Abhilfe in der Verführung der Prosvationen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinfachung der Prosvversorgung erschöpft sind. Die Fortsetzung, daß die Verwendung von Weizen, das für Brotbackung in Betracht kommt, für Gewinnsmittel und Futterzwecke vollständig eingeschränkt wird, ist hierbei zu berücksichtigen. Gegenüber dem Anstoß von Kartoffeln macht sich in der Bevölkerung ein härteres Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Weizen und Hafer geltend, dem wir nach Möglichkeit Rechnung zu tragen versuchen.

Die Obst- und Gemüservorgung war ebenfalls völlig unbefriedigend: sie litt nicht unter schlechten Erntebeschlüssen, sondern unter mangelhafter Organisation gegenüber der harten Nachfrage, die den Erzeugern in der Regel in der Hand arbeitet. Die Lieferungsverträge der Städte wurden vielfach durchkreuzt durch die Bundesverwaltung oder Konferenzverträge, und so wurde die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Gemüse und Wurmelablen zu erscheinenden Preisen gehindert.

Die Fleischversorgung läuft in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehhandelsver-

händen, denen die Gemeinden und Verbraucher fast widerstandslos ausgetiefert sind. Die Organisation der Viehhändlerverbände bedarf nach den seither gemachten Erfahrungen einer Neuordnung, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Dies ist um so notwendiger, als den Städten durch den preussischen Landwirtschaftsminister verboten worden ist, sich durch den Abschluß von Mastverträgen billiges Vieh zu beschaffen. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich machen. Das ist aufs tiefste zu beklagen in einer Zeit, in der die Landesverteidigung die denkbar höchsten Anforderungen stellt, und bedarf einer Regelung, die vor seiner irgendwelcher Protection zurückschreckt.

Hinsichtlich der Milch steht es zweifellos fest, daß die ländliche Bevölkerung, wenn auch keinen Ueberfluß, so doch solche Mengen zur Verfügung hat, daß die städtische Bevölkerung damit besser versorgt werden könnte. Es ist nicht zu ertragen, daß hier Kindern und Kranken die Milch verweigert werden muß, während solche auf dem Lande nicht bloß reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch verfeinert wird. Jede Verzögerung der Milchbewirtschaftung der Milch, die mit strenger Ablieferungspflicht der benötigten Mengen und strenger Rationierung beginnen muß, bedeutet eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die Eierversorgung ist durch die Massenzuführung von geschlachteten und für die Schlachtung bestimmten Vögel zu den städtischen Märkten im vorigen Herbst hart gefährdet worden. Die Eierpreise bis zu 20 Pf. und mehr pro Stück sind das Ergebnis dieser Art Ernährungspolitik. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, kann diese Verhältnisse bessern.

In der Versorgung mit Fleisch vermissen wir vor allem eine sachliche Erforschung der Verhältnisse an Züchtungsstellen unserer Binnenwasser für die Wassernahrung. Auch sind Maßnahmen dagegen nötig, daß die geringen verfügbaren Mengen an See- und Fischweiden von den Konsumfabriken aufgelaufen und weiterverarbeitet werden und erst zu unangemessenen Preisen wieder an die Verbraucher gelangen.

Die Zuckerverzeugung muß mehr dem Bedürfnis angepaßt werden und bei den unzureichenden Mengen, die gegenwärtig der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, ist das Sparen mit Süßstoffen nicht mehr am Platze.

Voraus ganz besonders Gewicht zu legen ist, ist die Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation zwischen den verschiedenen Lebens- und Nahrungsmitteln. Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um zirka 20 Proz., dagegen für Salz und Getreide zeitweise fast bis zu 100 Proz. und darüber gestiegen sind. Daran ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Mangel zur Verfeinerung, weil, wenn in Fleisch umgewandelt, des Wertes ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angekauft werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzusetzen. Dagegen muß entschiedener Protest eingelegt werden. Preise wie für Salz, Getreide, Süßholzwurde, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen. Wir for-

dern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächlichen Produktionskosten plus angemessenen Verdienste. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.

Wenn im Vorhergehenden auf die einzelnen Mängel näher eingegangen wurde, so darf dies nicht von der Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung ablenken, die wir in der unzureichenden Organisation, vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst erblicken. Dieses Amt ist zwischen die Heeresverwaltung gestellt und kann nur Regeln und Verordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Seine Pläne sind von dem durch die Landesregierung gelieferten, weit unzureichenden Informationsmaterial, seine Beschlüsse von der Ausführung der oft widerwilligen einzelstaatlichen Verwaltungsorgane abhängig und überdies greift die Heeres- und Marineverwaltung oft zwischen die besten Dispositionen mit rauher Hand dazwischen und macht ein mühsam aufgebautes Versorgungswesen zum Scheitern. Wenn man auch gern zugibt, daß die Heeresverwaltung vor Zivilverwaltung gehen muß, so vertritt sich dieses Verhältnis nicht mehr mit einer gesteigerten Drangsal der Zivilbevölkerung, wie sie die Durchführung des Pflanzdienstes erfordert. Deshalb ist eine Organisation des Kriegsernährungsamtes vonnöten, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamte, dem die Heeresverwaltung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernenden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entzieht, — eine Organisation, die die weitreichenden Beugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs der Zivilbevölkerung nutzbar macht.

Die provinziellen und Kreisverwaltungsämter, die das Kriegsamte neuerdings ins Leben gerufen hat, erscheinen uns durchaus geeignet, auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung, sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Ablieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen zu werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht geschwächt werden. Notwendig ist aber ein schärferes Eingreifen durch eine behördliche Organisation, die weitverzweigt und unabhängig genug ist, um sich Beachtung zu erzwingen.

Schließlich möchten die unterzeichneten Organisationen ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß dem Beirat des Kriegsernährungsamtes ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden muß. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde stets vor Situationen gestellt, an denen alles Beraten nichts mehr ändern konnte. In solcher Stellung muß den Beratern das Gefühl der Ueberflüssigkeit aufkommen und ihnen die Mitarbeit verleidet. Wir glauben, daß in einer stieren Beratung des Beirates und in einer größeren Beteiligung an den vorbereitenden Arbeiten, wie an der Kontrolle, der Weg gefunden werden kann, um dem Kriegsernährungsamt einen besseren Zusammenhang auch mit der Bevölkerung zu sichern.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Pflanzdienstes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Recht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortwährende, lästige Aufkündigung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird. (Unterschriften.)

## Am Tage der Heimkehr.

II. (Schluß.)

Was kann getan werden, um den sich ergebenden Forderungen sozialer und nationaler Politik, sowie denen der Volkswirtschaft und der Finanzen gerecht zu werden?

Zunächst: das System des Anforderns (Mellamierens) von Arbeitskräften seitens der Arbeitgeber kann, wie jetzt im Kriege, so auch im voraus für den Frieden angewandt werden. Durch die Gewerkschaften, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und sonstige Verbände der Arbeitgeber ist festzustellen, wieviel und welche Arbeitskräfte, an welchem Ort und zu welcher Zeit, nach Friedensschluß benötigt werden. Es folgen — um sich Arbeitskräfte zu sichern — eine Vorausbestellung, auf Termin. Damit ist die Grundlage dafür gegeben, wer zunächst (die volkswirtschaftliche Dringlichkeit der Anforderungen gegeneinander abzuwägen) zur Entlassung kommen kann, vor anderen, mit der Sicherheit des Arbeitsvertrags für den Augenblick wenigstens, in der Tasche. So ist ein Ueberblick erreichbar, der die eine Seite der Sache zeigt. Dieser Ueberblick kann die Grundlage des Entlassungsplans bilden.

Die Militärbehörden vermögen — und nur sie allein vermögen das — die Gegenrechnung aufzustellen: wie viele und welche Arten von Arbeitskräften (ungefähr) zurückzuführen werden.

Und nun beginnt die Arbeiterfrage im anderen Sinne: wenn nicht die Nachfrage über das Angebot hinausgeht, sondern ungenügend ist, um die Arbeitstendenzen alle zu beschäftigen — was

dann? Aus dem Schützengraben in die Arbeitslosigkeit —, soll das der Weg sein?

Es bestehen drei Gefahren, die es nahelegen, daß mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit der unverkündeten Massenarbeitslosigkeit von Kriegsteilnehmern zu rechnen ist. Die drei Gefahren sind: Rohstoffmangel, Absatzmangel, Kapitalmangel.

Zunächst der Rohstoffmangel: wie jetzt im Kriege, so wird der erforderliche Rohstoff auch nach Friedensschluß in einer Reihe von Industrien noch fehlen. Viele jetzt stark eingeschränkte oder stillgelegte Betriebe (vor allem in Textilindustrie, Schuhfabrikation, Konfektion) werden auch die Heimgekehrten freisetzen lassen müssen. Zwar werden militärisch beschlagnahmte und in Meiereie gebaltene Rohstoffe dann freigegeben werden können. Auch erfolgt dann allmählich die Zufuhr; obwohl bei eingeschränktem und rationiertem Schiffsraum und Anlauf (Kautschuk nur Langsam, so doch im Lauf von Monaten und Jahren in solchem Umfang, daß dieses Problem sich allmählich der Lösung nähert. Doch ist zunächst die Arbeitslosigkeit in diesen Industrien kaum vermeidbar; sofern nicht die Nachfrage so allmählich erfolgt (wie Optimisten meinen, daß man diese sonst Arbeitslosen noch bei den Fäbren halten und andere, bei denen es besser steht, voraus entlassen kann.

Gerade umgekehrt liegt es beim Absatzmangel. Er ist für den Tag der Heimkehr kaum zu befürchten. Der angehäufte Bedarf ist in der deutschen Volkswirtschaft so stark, daß er zunächst den Auslandsbedarf entbehrlich macht. Wenn Absatzmangel wird, daher nur in seltenen Fällen von vornherein mit Arbeitslosigkeit

zu rechnen sein. Vielmehr werden sich die Arbeitgeber um die Arbeitskräfte reissen, um sofort, nach zu hohen Preisen, den dringenden Bedarf befriedigen zu können, der während des Krieges infolge Mangels an Arbeitskräften unbefriedigt blieb. Wiederherstellung und Neubekleidung wird in solchem Umfang dringlich sein, daß in den ersten Wochen, Monaten, ja vielleicht noch länger, der Zustand des Aufschwungs vorliegen wird, soweit nicht ganz besondere Gründe (z. B. Rohstoffmangel) eine Ausnahme schaffen werden. . . .

Die größte Gefahr ist jedoch die dritte, die in dem Wort Kapitalmangel liegt: Die Gefahr, daß Mangel an Pausen abscudert, obwohl kein Rohstoff fehlt und der Bedarf dringend, ja eine Kleinwohnungsnot zu beheben sein wird, die man für den Tag der Heimkehr voraussieht. Es ist zu befürchten, daß die Bauarbeiter (samt all den vom Baugewerbe mit abhängenden Gewerben, im ganzen etwa zwei Millionen Menschen, zu denen die Familienangehörigen noch hinzuzurechnen sind) am Tage der Heimkehr zwar Mangel an Wohnungen und erhöhte Mieten vorfinden werden, zugleich aber Protestlosigkeit, weil dieser Wohnungsnot abzuhelfen bei dem hohen Zinsfuß für das Baugewerbe nicht rentabel genug ist. . . .

Wobei die Lage im ganzen noch weit mehr erschwert wird durch die drei Kategorien von Erfahrungspersonen in der Heimat: die massenhaft eingestellten Arbeiterinnen, die Zivilisten- und sonstigen Aushilfekräfte und ganz besonders die bis jetzt versorgten Kriegseiswaiden und deren Verdrängung durch heimkehrende Gesunde. . . .

Ist gegenüber alledem der Gedanke durchführbar, das Militär habe jeden erst dann zu entlassen, wenn er angefordert wird? Das Militär als Versorgung der Arbeitslosen? Zwangsweise festgehalten, obwohl nach fünf bis sechs Jahren endlich heimzukommen verlangend, keiner produktiven Arbeit zugeführt, wie die Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft sie so dringend nötig haben wird, sondern nur gefüttert, und das auf Kosten des Reichs, das Milliarden von neuen Schulden nicht nur, sondern schon von Schuldzinsen allein alljährlich wird aufzubringen haben! Ist es denkbar, dieses System auf längere Zeiträume auszudehnen?

Und wäre etwa volkswirtschaftlich oder für die Reichsfinanzen etwas gewonnen, wenn eine Arbeitslosenversicherung — der erste Gedanke der Arbeitervertreter — die Arbeitslosen zwar zu der Familie zurück, aber nicht zur Arbeit, sondern wieder nur zur gesicherten Existenz gelangen ließe, auf Reichskosten, die in diesem Falle noch weit höhere wären! Von der Armenpflege ganz zu schweigen. Nur Arbeit kann — nach den ersten Wochen — die Lösung der Frage sein. Es gilt, sie zu beschaffen. Das erste, was dafür geschehen kann, ist die Erweiterung der Umfrage: über die privaten Auftraggeber hinaus auf die öffentlichen (Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden), um auch von ihnen „Vorausbestellungen“ einzusammeln, die mit denen der privaten Arbeitgeber zusammen die nötige Nachfrage nach Arbeitskraft ergeben mögen. Besonders wenn darauf hingewiesen wird, wie wichtig es sozialpolitisch und volkswirtschaftlich ist, die Pläne auszuarbeiten, etwa zurückgehaltene Aufträge wieder bereitstellen, um im Augenblick der Not sofort mit einer wichtigen und wohlkardenden Arbeit beginnen lassen zu können. Ähnliche Bedenken erledigen sich durch den einfachen Hinweis: es ist billiger, auch im Sinn der gemeinen Gelderparnis, wenn Menschen, trotz hohen Zinsstandes, produktiv beschäftigt, als wenn sie nur gefüttert werden — und daß sie verhungern, wird nicht die Absicht sein.

Wie aber, wenn auch unter Hinzunahme des öffentlichen Bedarfs der Auftragsbestand nicht genügt? Wenn die Zusammenfassung alles Arbeitsbedarfs noch eine Lücke läßt — vielleicht ein „Angebot“ in der Antwort vieler Arbeitgeber, bei denen die Lage von der Möglichkeit der Ausfuhr abhängt, über die wir bisher nichts Eideres wissen? Wie, wenn auf Jahre hinaus die deutsche Volkswirtschaft unorganisiert werden muß, von der Ausfuhr zur Selbstversorgung? Hier beginnt das Problem seine ganze Größe zu entbüllen.

Es ist für den Sozialpolitiker ein erfreulicher Gedanke, daß die vorurteilslose und energische Art des Militärs ihm helfen kann, dieser Aufgabe Herr zu werden. Jahrzehntelang vergeblich gepredigte Lehren der Sozialpolitiker sind von den Militärbehörden während des Krieges im Handumdrehen verwirklicht worden. Was möglichsende Stellen als niemals für einen Staatsmann möglich bezeichnet hatten, das haben Generalkommandos und Kriegsministerium einfach gemacht. . . . Tief pessimistisch gerichtet durch die Erfahrungen mit manchen im Arge erlittenen „Organisationen“ von Stellen und Beamten und ihrer Befehung, wird das deutsche Volk das Vertrauen zu der sonst so heilig gehaltenen Ordnung wieder finden, wenn diesmal und in dieser Lage zu rechter Zeit das Recht getan wird.

## Brief aus Magdeburg.

Wohl wenige Städte gibt es, wo die städtischen Arbeiter mit so geringen Löhnen abgepeist werden wie in Magdeburg. Daß hiermit nicht zuviel gesagt ist, beweist die Tatsache, daß die Mehrzahl der städtischen Arbeiter in den Lohnklassen von 3,10 bis 4,10 Mk. stehen. Diese Löhne waren für die Magdeburger Verhältnisse bereits vor dem Kriege elendschöne. Aber nachdem der Krieg eine so gewaltige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung gebracht hat, daß selbst nach einer Verdoppelung der geltenden Lohnsätze der Lohn immer noch als ein bescheidener bezeichnet werden muß, hat man in Magdeburg Lohnzulagen bisher abgelehnt. Mit geringen Feuerungszulagen soll die Not und das Elend unter den städtischen Arbeitern beseitigt werden. Im vorigen Jahre noch betrug die Feuerungszulage 50 Pf. pro Tag. Nach monatelangem Drängen der Arbeiter erhobte dann die Stadtverwaltung die Zulage auf monatlich 15 Mk. für Unverheiratete und 18 Mk. für Verheiratete. Für jedes unterhaltungspflichtige Kind erhöhte sich die Zulage für das erste Kind um 6 Mk., für jedes weitere Kind um je 10 Mk. pro Monat. Natürlich hat diese Minderzulage nicht viel zu bedeuten, da die Mehrzahl der jetzigen noch nicht eingezogenen Arbeiter meistens aus den Jahren heraus sind, wo noch idulpflichtige Kinder vorhanden sind. Die ganze Zulage betrug demnach für Unverheiratete 2 Mk. und für Verheiratete 5 Mk. pro Monat.

Dieses mageren Ergebnis monatelanger Dinausschleppung der Sache konnte die Arbeiter nicht befriedigen, da die Not bis auf das Allerbeste geistigen war. Ende Januar verlangten die Arbeiter eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag. Diese Forderung war in Anbetracht der niedrigen Löhne mehr als bescheiden zu nennen. Nur dann, wenn diese Forderung neben den bisher bewilligten Feuerungszulagen restlos bewilligt wurde, konnten und wollten sich die Arbeiter zufrieden geben. Der Arbeiterausschuß sollte in dieser Angelegenheit mit dem Überbürgermeister verhandeln, damit endlich einmal die Not der Arbeiter dem Magistrat klargemacht wurde. Aber auf dem Rathaus hat man keine besondere Eile, wenn Angelegenheiten der Arbeiter in Frage kommen. Die Arbeiter waren aber nicht gewillt, die Sache verjagen zu lassen. Als weder der Gauleiter noch der Arbeitsausschuß vom Rathaus Antwort erhielt, beschloßen die Arbeiter vom Gas- und Elektrizitätswerk, die Arbeit niederzulegen. Meiner wollte so lange arbeiten, bis er bei diesem Lohne vor Erschöpfung zusammenbrechen würde. Der Gauleiter eilte nun nach dem Elektrizitätswerk und beruhigte die Arbeiter soweit, daß sie von einer sofortigen Arbeitsniederlegung Abstand nehmen sollten. Die Verhandlung war auch nicht gewillt, die Sache verschleppen zu lassen und es sollte daher mit Nachdruck gearbeitet werden, damit die Angelegenheit erledigt würde. Auch auf dem Gaswerk wurden dann die Arbeiter zusammengeholt. Auch hier gelang die Verabingung. Mit dem Verzicht auf die Arbeitsniederlegung haben die Arbeiter bewiesen, daß sie gern bereit sind, Opfer zu bringen, wenn auf dem Rathaus nur einigermaßen Verständnis von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter vorhanden ist.

Am Abend desselben Tages wurde der Vorsitzende des Arbeiterausschusses nach dem Rathaus gerufen, um da in Gegenwart der Direktoren des Gas- und Elektrizitätswerkes mit dem Stadtrat Sachl zu verhandeln. Der Herr Stadtrat teilte mit, daß die Forderungen der Arbeiter zu weit gingen. Unmöglich könnte der Magistrat hier zustimmen. Leider hat der Herr nicht verraten, ob die Arbeiter bei niedrigeren Lohnsätzen auch arbeitsfähig bleiben.

Schließlich einigte man sich auf eine Zulage von 50 Pf. pro Tag. Aber selbst diese Zulage war dem Magistrat zuviel. Eine Lohnzulage sollte überhaupt nicht gewährt werden. Es sollte nur geprüft werden, ob die zuletzt bewilligten Feuerungszulagen etwas zu erhöhen sind. In der Sitzung der städtischen Kollegen nannte der Überbürgermeister die städtischen Arbeiter Wucherer. Es ist genug ein hartes Stück, was sich der Herr da leistete. Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie der Öffentlichkeit dienen und in Ruh und Frieden mit der Stadtverwaltung leben wollen. Der Überbürgermeister provoziert die Arbeiter und scheint auf einen Konflikt mit den Arbeitern hinzuarbeiten. Die Arbeiter haben in Anbetracht ihrer elenden Löhne mehr wie bescheidene Forderungen gestellt. Eine Verdoppelung der Löhne muß gefordert werden. Die Arbeiter fragen mit Recht, wenn ihre Löhne Wucher sind, was ist da das Gehalt des Überbürgermeisters? Die städtischen Kollegen haben nunmehr beschlossen, die bisherigen Zulagen um 7,50 Mk. pro Monat zu erhöhen. Unsere Genossen haben auf dem Rathaus alles mögliche versucht, den städtischen Arbeitern die so dringend notwendige Lohnzulage zu verschaffen. Leider war ihr Anerkennung-

wertes Bemühen vergeblich. Glauben die bürgerlichen Herren, mit dieser geringen Zulage die Not und das Elend unter den Arbeitern zu bannen. Das wäre ein gewaltiger Irrtum. Not und Elend bleibt und damit wächst die Unzufriedenheit und Erbitterung unter den Arbeitern.

Es sollte auch den Herren einmal lieb sein, durch eine durchgreifende Lohnhöhung die Arbeiter auf längere Zeit zu befriedigen. So gewährt man nur immer alles tropfenweise. Auf diese Weise zwingt man die Arbeiter zur fortgesetzten Lohnbewegung. Das schafft aber Verbitterung hüben und drüben. Die jetzt bewilligten Zulagen können die Arbeiter nicht befriedigen. Die äußerste Not treibt die Arbeiter dazu, in kürzester Frist erneut mit Forderungen an die Stadtverwaltung heranzutreten. Aus diesem Dilemma hilft aber nicht Verschlimpfen der Arbeiter, Herr Oberbürgermeister, sondern klares Erfassen und Verstehen der wirtschaftlichen Lage der städtischen Arbeiter.

Das Elend ist groß, eine durchgreifende Aufbesserung der Löhne tut dringend not. Die Arbeiter werden daher bald wiederkommen. Der Ruf der städtischen Arbeiter ist auch weiterhin: **Mehr Lohn!**

◆ **Kriegsbriefe** ◆

**Als Motorpflüger an der Westfront.** Kollege Wachtendorf schreibt uns Anfang März: Bis Ende Januar 1916 glaubte ich die rauchige Kriegszeit überstanden zu haben. Meine Ausbildung am Motorpflug war bereits beendet. Ich erhielt am 10. Januar 1916 meinen ersten Urlaub. Nach Rückkehr im Felde war das Wetter warm und schön; Sträucher und Wiesen hatten bereits ein grünliches Aussehen. Seit etwa vier Wochen lag unter Tätigkeitsgebiet eine ansehnliche Strecke hinter der Front; unter Los war immer erträglich. Bei schönem Wetter ging die Militärarbeit für Volksernährung gut vorwärts. Feindliche Abieger zeigten sich nur zeitweise und Luftkämpfe waren in dieser Gegend weniger zahlreich. Da wir zu den Wandernächeln gehörten, mußte damit gerechnet werden, bald wieder an einem anderen Ort kommandiert zu werden. Der Bereich zum Abmarsch mit Angabe des Ziels kam schon früher als erwartet; doch wir waren vorbereitet. Unser Quartier (Zugunverwahrung) war für eine längere Fahrt eingerichtet. Der Motorpflug ging mit eigener Kraft zum neuen Versammlungsort. Unsere fahrbare Heimat wurde durch Pferde transportiert, weil wegen der langen Fahrt entschieden war, den Motor nicht zu betreiben. So zogen wir mit unserem interessanten Gefährt und Getriebe in den ersten Morgenstunden ab, erreichten nach am gleichen Tage den neuen Versammlungsort. Auf der ganzen Fahrt hat es an neuartigen Aufbauten nicht gefehlt, zumal der Motor aus einiger Entfernung für ein großes Mefengetöse gehalten werden konnte. An anderen Tagen konnte der Motor wieder in Betrieb gesetzt werden und die Tätigkeit beginnen. Schöne, warme Tage kamen allmählich. Unter diesen Verhältnissen war der Dienst erträglich, selbst während der abwechselnden Freidienststunden ging's hinaus in die freie Natur. Das schöne Wetter hatte auch die Abieger Tätigkeit belebt; Luftkämpfe setzten ein. Hier hatte ich Gelegenheit, in nächster Nähe mein drittes feindliches Luftfahrzeug (Doppeldecker) im Manöver abfliegen zu sehen. Ein sonderbar schauerlicher Anblick. Je später und länger die Tage, desto öfter die Luftkämpfe. Schwadron von 20-25 Luftfahrzeugen waren keine Seltenheit mehr. Fast in jedem Luftkampfe blieben einige dieser Lufttriebe auf der Strecke. Die Luftkämpfe hinter der Front waren meistens nicht von langer Dauer; in vielen beobachteten Fällen wichen die feindlichen unseren schnellen Apparaten aus. Einzelne Flugzeuge manövierten lange und geschickt, doch entgingen sie selten ihrem Schicksal. Als stiller Beobachter mögen solche Schaupielchen, solange die Gefahr nicht erlöst ist, interessant sein, doch man sah sich die Geschichte lieber aus einiger Entfernung an. Die Verchiebung durch Artillerie gab schon die Fiktion, in Deckung zu gehen, denn die Sprengkräfte der Geschosse schlugen an allen Ecken und Enden ein, aber auf freiem Felde, wo da hin? Die Panzer unseres Motorpfluges war so, daß man annehmen konnte, der feindliche Abieger könne unseren Apparat für ein selbstfahrendes schweres Geschütz halten. Meine Ansicht wurde noch dadurch bestärkt, daß einzelne Abieger uns des öfteren umkreisten. Auch sonst haben die Franzosen und Engländer unsere Militärarbeit sicher nicht gerne gesehen. Durch das Verannahen des Frühlings wurden unsere Leistungen immer höher und wir waren in vielen Ertridaiten gern geübene Gäste, aber um so öfter mußten wir zum Wandernächeln greifen. Zum Abend hatten wir uns in diesem Dorfe gehalten, als der Befehl zum Abmarsch eintraf. Die Tour ging direkt auf die Front zu. Der Monotonismus wurde immer deutlicher; bald hörte man auch Geschwader. An den verlassenen feindlichen Ort wurde noch oftmals zurückgedacht. Unsere fahrbare Heimat war unterwegs häufiglich geworden und mußte, am Orte angekommen,

verlassen werden. Ein schmerzlicher Verlust. Am hiesigen Orte war es weniger beaglich; es mag wohl daher gekommen sein, daß man in den Wintermonaten weiter hinter der Front am Besten gewöhnt war. Eine kleine noch leerstehende Wohnung, bestehend aus einem Zimmer, war uns als Quartier angewiesen. Einige hässliche Reparaturen wurden von uns selbst erledigt. Der Fußboden mit Lehm eben gemacht, fehlendes Fensterglas durch Bretter ersetzt. Auch die erforderliche innere Einrichtung war bald aufgestellt. In wenigen Stunden waren wir „landesgemäß“ eingerichtet. Luft und Durchzug war mehr wie genügend; die Fenster undurchsichtbar, sie brauchten daher des Abends nicht abgedunkelt zu werden. Inzwischen war es Zeit zum Abendbrot geworden, und bald legten wir vier Motorpflugführer uns zur Nachtruhe nieder. Leider mußten wir bald die Wahrnehmung machen, daß unsere Villa mehr und mehr ein Massenquartier wurde. Nebenbezügliche Mitbewohner (Matten, in ungläublicher Größe stülpten sich als Herren des Hauses auf; doch hatten wir uns an diese Treiben bald gewöhnt. Sie waren später händliche Gäste bei uns. Am Orte war eine große Feldmark; viel sollte noch geleistet werden; schon in aller Frühe ging es hinaus ins Feld. Der Apparat war bald aufmontiert und in Bewegung gesetzt. Raum war der Platz verlassen, als an gleicher Stelle eine Granate oder Bombe einschlug. Einladend war die Gegend nicht, denn es trachtete zeitweise an allen Ecken. Unsere Leistungen steigerten sich jeden Tag, daher bald der Befehl: eine Ertridait weiter vor. In der Front selbst war es verhältnismäßig ruhig; nur von Zeit zu Zeit heftiges Feuer, anscheinend in die ersten Gräben. Die großen Geschütze streuten unser Tätigkeitsgebiet nicht ab; hatten also ländliche Ruhe. Tagegen waren die Abieger um so mehr tätig. Am Orte war für Deckung genügend gesorgt; gute Unterstände waren vorhanden; aber auf dem Felde war es nicht so einfach, Deckung zu finden. Der Motorpflug, der ganz aus Eisen hergestellt ist, hatte das stattliche Gewicht von etwa 170 Zentnern. Beim Herannahen eines feindlichen Geschwaders wurde unter dem Motor Deckung gesucht, selbst wenn die Erde nah und trocken war, wurde untergeschlupft. Auf dem Rücken liegend, konnte man durch die Spalten den Verlauf beobachten. Gegen keine Sprengkräfte der Granaten war man immerhin geschützt; im Falle eines Treffers wäre es wegen der Benzolladung sehr gefährlich gewesen. Ende April ging unsere Tätigkeit zu Ende. Es konnte damit gerechnet werden, aus dieser unfruchtlichen Gegend abgelöst zu werden. Am 1. Mai wurde der Motorpflug außer Betrieb gesetzt. Ein Mannheimer Genosse und ich hatten uns in einer rückwärtigen Maschinenfabrik zu melden; friedlich konnten wir daselbst unsere weitere Tätigkeit entfalten. Leider sollte unsere Freude nicht von langer Dauer sein. Zunächst gab es einmal wieder Heimaturlaub; launig zurückgekehrt, setzte hier an der S. die große Sommerblat ein, von deren Strömungen auch wir nicht verschont blieben. Mehr das letzte halbe Jahr kann man nur sagen, es war das schrecklichste dieses Krieges. Möge der Friede näher sein, als wir vermuten!

◆ **Staatsarbeiter** ◆

**Staatsarbeiterkonferenz in Gannstatt.** Auf Einladung der drei Verbände: Verband des deutschen Verkehrsperionals, Schwäbischer Eisenbahnerverband und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter traten am Sonntag, den 4. März, die Vertreter der Arbeiterauschüsse der württembergischen Verkehrsanhaltstellen zu einer aus dem ganzen Lande außerordentlich zahlreich besuchten Vertreterversammlung in Gannstatt zusammen, um Stellung zu den Ernährungsfragen und Arbeitsverhältnissen sowie den Ernährungsfragen des Verkehrsperionals zu nehmen. Nach einem auf großes Tatsachenmaterial gestützten sachlichen Referat des ehrenamtlichen Vauleiters J. Ernst vom Verband des deutschen Verkehrsperionals wurden in eingehender Diskussion die derzeitigen Verhältnisse des Verkehrsperionals erörtert. Allseitig erfuhr die wenig entgegenkommende Haltung des württembergischen Verkehrsministeriums eine scharfe Verurteilung. Während früher im Bereich der preußischen Eisenbahnerverwaltung die Verhältnisse wesentlich rüständiger waren als im Süden des Reiches, ist jetzt des Gegenteils der Fall, wie durch die am 8. Februar d. J. im preußischen Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung des Ministers Preutenbach nachgewiesen ist, der dort ausführte, daß eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Verkehrsarbeiter in Wäld kommen müsse, weil mit den Teuerungszulagen allein nicht mehr auszukommen wäre. Auch die baldige Ausgestaltung der Arbeiterauschüsse im Sinne des Dienstvertrages wurde dort in nahe Aussicht gestellt. Der württembergische Verkehrsarbeiter hat wohl aus hohem Munde auch das Lob treuer Pflichterfüllung während der schwereren Kriegszeit erhalten, aber das ist so ziemlich alles, was ihm für seine Arbeit an besonderem Entgegenkommen geworden ist. Verzeichnend für die schlechte Entlohnung der Arbeiter ist, daß bereits durch Beschluß eines Ausschusses nach dem Dienstvertrages eine Maschineninspektion zur Ausstellung des Arbeitszeugnisses beurteilt werden mußte. Auf Hauptstationen gibt es nach 20jähriger Dienst-

zeit nach Löhne von 4 Mk. pro Tag bei einem Dienst, der es dem Arbeiter monatelang nicht ermöglicht, nur mittags das Essen zu Hause einzunehmen. Margreter und Anspülper werden ohne nennenswerten Pause 12 Stunden im Dienste festgehalten um. Verschiedentlich wurde angeregt, das Zielvertretende Generalkommando auf die herrschenden Verhältnisse gunderksam zu machen, damit eventuell von dieser Seite für Abhilfe gesorgt würde. Das Resultat der schon längere Zeit in Aussicht gestellten Audienz der Vertreter verschiedener Verhältnisse und Maschineninspektionen beim Herrn Präsidium v. Zieher ist zunächst abzuwarten, ehe weitere Schritte unternommen werden. — Generelle Grundzüge für die Gewährung von Freizeiten wurden auch als dringend wünschenswert erachtet. Da bei der gegenwärtigen Beschäftigung derjenige, welcher einen zur Ausstellung der Freizeitebene berechtigten humanen Vorgesetzten hat, auf Berücksichtigung rechnen kann, während die weitaus meisten Arbeiter aber mit niedrigen Gehältern abgewiesen werden. Nach vierstündiger Dauer hatte die würdig verlaufene Vertreterversammlung mit der einstimmigen Annahme der nachstehenden Entschließung ihre Arbeiten erledigt:

„Die am 1. März 1917 in Cannstatt versammelten Delegierten der Arbeiterauschüsse der Verhältnisse, Maschinen-, Betriebs- und Bauminstitutionen sowie der Selbstverwaltung der württembergischen Vertriebsanstalten kommen nach eingehender Aussprache über die derzeitigen Lohnverhältnisse zu dem einstimmigen Entschluß:

„an die kgl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, die notwendigen Mittel in den Etat einzustellen, um eine durchgehende Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter der Vertriebsanstalten alsbald durchzuführen zu können.“

Die im Jahre 1907 eingeführten Lohnordnungen haben nur im Jahre 1911 eine Lohnhöherlegung von 30 Pf. pro Tag erfahren. Diese Lohnhöherlegung trug den inzwischen erfolgten Steigerungen der Lebensmittelpreise wie auch aller sonstigen Lebensbedürfnisse in keiner Weise mehr Rechnung. Ein einigermaßen gerechter Ausgleich ist auch durch die bis jetzt gewährten Feuerungszulagen in keiner Weise herbeigeführt; insbesondere fehlt die Entlohnung der Staatsarbeiter weit hinter der Entlohnung der Privatleute; zurück und ist deshalb eine wesentliche Erhöhung sämtlicher Lohnhöher in der Lohnordnungen ein unabwendbares dringendes Bedürfnis. Endlich ist die Fortbildung und der weitere Ausbau der seit 1902 bei der Verhältnisse- und Maschineninspektionen und den bei der Betriebs- und Bauminstitutionen, wie auch der Selbstverwaltung erstmals seit 1906 eingeführten Arbeiterauschüsse zu wirklichen Vertreterorganen der Arbeiter und im Zusammenhange damit die allmähliche Herausbildung eines der Zeitgenossen entsprechenden Staatsarbeiterrechts im Interesse einer gedeihlichen Lösung der Arbeiterfrage für die Staatsarbeiter ein dringendes Bedürfnis. Des weiteren sind durch das im Dezember 1916 vom Deutschen Reichstage geschaffene vaterländische Verdienstgesetz den Arbeitern der Privatindustrie bedeutende Vorteile eingeräumt. Die versammelten Delegierten erwarten von der kgl. Staatsregierung, daß auch der Staatsarbeitern die gleichen Vorteile zugestimmt werden und demzufolge die §§ 11-13 dieses Gesetzes in vollem Umfange für die Betriebe der württembergischen Vertriebsanstalten Anwendung finden.“

### ◆ Aus unserer Bewegung ◆

Berlin. Unsere Aktive hielt am 8. März ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Einleitend brachte der Weiblichste, Kollege Münter, verschiedene geschäftliche Mitteilungen zur Kenntnis der Mitglieder. Alsdann berichtete er über die Audienz beim Herrn Oberbürgermeister Bernuth, wegen der Beschaffung von Lebensmitteln an die städtischen Arbeiter Berlins. Diefem folgte ein kurzer Referat über den gegenwärtigen Stand der Feuerungszulagen. In verschiedenen Betrieben, wie Martzhausen, Straßenreinigung, Parkverwaltung, Friedhöfe, Wasserwerke und Kanalisation, sind die Kollegen wegen Erhöhung ihrer Feuerungszulagen erneut bei der Betriebsleitungen vorstellig geworden. Das gleiche ist von den Lichterberger Kollegen geschehen. Um die niedrigen Bezüge der pensionierten Kollegen einigermaßen der Teuerung anzupassen, wird die Erbsenverwaltung an den Berliner Magistrat einen Antrag um Gewährung von Teuerungszulagen für die Pensionäre stellen. Auf den Antrag der Erbsenverwaltung an den Berliner Magistrat um Anrechnung der erhöhten Teuerungszulage und Gewährung der ab 1. Dezember 1916 erhöhten Reichsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer ist ein Antwortschreiben eingegangen, wonach den Familien der Kriegsteilnehmer die erhöhte Reichsunterstützung von 5 Mk. pro Monat für die Ehefrau und 2,50 Mk. für das Kind gewährt werden soll. — Alsdann referierte der Kollege Ahmann vom Verbandsvorstand über die Erhebung des Kriegszulages von 10 Pf. pro Woche. In dem reichen Zahlenmaterial behandelte Kollege Ahmann die Stoffverhältnisse des Verbandes. Während viele Verbände bald nach Kriegsbeginn Ertragsbeiträge erhoben haben, hat der Verbands-

vorstand davon abgesehen. An Unterstützungen, die nicht im Statut vorgesehen sind und die vornehmlich den Familien der Kriegsteilnehmer zugesprochen sind, hat der Verband bisher rund 523 000 Mk. verausgabt, und zwar 287 000 Mk. für Familienunterstützung, 202 000 Mk. Weihnachtsunterstützung und 33 000 Mk. Sterbeunterstützung an die Familien der Gefallenen. Nachdem wieder die vollen statutarischen Unterstützungen zur Geltung gekommen sind, besteht in den Mitgliederkreisen wenig Neigung, abermals auf einen Teil der Unterstützungen zu verzichten. Auch vom agitatorischen Standpunkt aus sollte die Mürzung der Unterstützungen nicht befürwortet werden; sie würde die aus dem Felde Heimkehrenden doppelt hart treffen. Es steht auch sicher zu erwarten, daß mit Kriegsende durch die aus dem Felde Heimkehrenden besonders hohe Ansprüche an die Verbandsstelle gestellt werden. Außerdem aber müßte der Verband auch als Kampforganisation über jene Mittel verfügen, die eine Kampforganisation nun einmal bedarf. Es ist deshalb nicht angängig, daß der vorhandene Stoffbestand noch weiter sinkt. Die Teuerung aller Gebrauchsgegenstände macht es unmöglich, irgendwelche Ersparnisse an den Verwaltungskosten zu machen. Der Kriegszulag von 10 Pf. pro Woche wird auf Grund des Beschlusses des Verbandsvorstandes ab 1. Juli er. von allen Mitgliedern, mit Ausnahme der Pensionäre, erhoben werden. Ohne jede weitere Aussprache wurde folgende Resolution gegen nur eine Stimme angenommen: „Die Mitgliederversammlung der Aktive Groß-Berlin nimmt Kenntnis von der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen verursachten ungünstigen Finanzlage des Gesamtverbandes und erklärt sich mit der Erhebung eines Kriegszulages in Höhe von 10 Pf. pro Kopf und Woche ab 1. Juli dieses Jahres einverstanden. In Rücksicht auf die nach Friedensschluß und in der nächsten Zukunft sicher notwendig werdenden großen Mehrausgaben an Unterstützungen aller Art und in weiterer Berücksichtigung der Erhaltung und Stärkung unserer finanziellen Kampfes- und Widerstandskraft erwartet die Mitgliederversammlung, daß jeder Kollege und jede Kollegin den geringen Kriegszulag nicht nur fröhlich zahlen, sondern auch für die weitere Teuerung und den weiteren Ausbau unserer Organisation Sorge tragen wird. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde ein Antrag der Kollegen der Berliner Wasserwerkeinspektionen an die Erbsenverwaltung um Genehmigung einer Bewegung zur Erbringung des Achtstundentages zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Charlottenburg. (Straßeneinigung.) Unter den Groß-Berliner Gemeinden war die Stadtgemeinde Charlottenburg eine der ersten, die sich entschloß, für die zum Deszensus eingezogenen Arbeiter der städtischen Straßeneinigung Frauen einzustellen. Die Bewertung der weiblichen Arbeitskraft im Charlottenburger Magistrat ist am deutlichsten an der Lohnbemessung zu erkennen. Während die Männer, sofern sie Hilfsarbeiter sind, einen Tagelohn von 4,05 Mk. pro Tag erhalten, bekommen die Frauen nur einen Tagelohn von 3,90 Mk., also 40 Pf. die Stunde. Die Lohnbemessung erfolgte zweifellos unter der Voraussetzung, daß die Arbeitsleistung der Frauen eine geringere sei als die der Männer. Inzwischen scheint sich in den maßgebenden Magistratsstellen erfreulicherweise eine andere Auffassung durchgesetzt zu haben. Benachteiligt scheint es so, denn bei der Gewährung der Teuerungszulagen von 10 Pf. pro Woche werden die Frauen mit gleichem Maße gemessen, das heißt, sie erhalten dieselben Teuerungszulagen wie die Männer. Und wenn man bedenkt, daß die Frauen die Männer voll zu ersetzen haben, dann ist das auch ganz in Ordnung. Folgende würdigen einige der nachgeordneten Stellen, gewisse unsere Vorgesetzte, die Frauenarbeit vielfach nicht nach Gebühr. Sie urteilen nach einzelnen Erscheinungen und bezagemeinern dann diese zumungunsten der weiblichen Arbeitskräfte. Daß eine Frau, die beispielsweise die Schneiderei erlernt hat und weil sie in ihrem Beruf keine Beschäftigung finden kann, nun in der Not in der Straßeneinigung Arbeit annimmt, sich schwerer zurechtfindet als eine Frau, die an große Arbeit gewöhnt ist, darüber ist kein Wort zu verlieren. Dieselben Erscheinungen treten aber auch bei den Männern auf. Die geringere Bewertung der weiblichen Arbeitskraft beruht meist auf falscher, vorgefaßter Meinung. Ein besonders lapidares Beispiel dafür lieferte der Aufseher Mertens. Der harte Schneefall Ende Januar veranlaßte den Magistrat, gefangene Muffen zur Schneebeseitigung anzustellen. Der Aufseher Mertens machte das den Frauen in folgender Weise bekannt: „Morgen bekommen wir hundert Muffen, da brauche ich mich mit Euch nicht mehr länger rumzuziehen. — also wenn es nicht paßt, der wech, wo er zu bleiben hat. Wenn die Arbeit lieb ist, wird sich jetzt danach richten. Was ich gesagt habe, sollen sich besonders die Frauen zu Herzen nehmen.“ — In derselben burlesken Weise ließ er sich aus, als er die Probe auf das Exempel gemacht hatte. „Nicht mir mit den Muffen vom Daise. Drei Frauen arbeiten mir mehr als zehn Muffen.“ Der Herr Aufseher hat sich durch die unfröhliche Wutlichter bekehren lassen und hat seinen auf vorgefaßter Meinung beruhenden Irrtum rückhaltlos preisgegeben. Das spricht zu seinen Gunsten. Den Kolleginnen in der Charlottenburger Straßeneinigung sei aber gesagt, daß sie sich volle Solidarität erst erkämpfen müssen und daß, es um diese zu erlangen, ihre Pflicht ist, gleich den Männern am Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organi-

fation mitzuarbeiten. Wer gleiches Recht fordert, hat auch gleiche Pflichten zu erfüllen. Nur auf solchem Wege wird es möglich sein, wirksamer als bisher gegen Leberzölle und Mißstände anzukämpfen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Darum, hinein in den Verband!

**Ghemnit.** Unterm 20. Dezember 1916 reichte unsere Filialleitung eine Eingabe wegen Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. für die weiblichen Arbeitskräfte des Tiefbauamtes und der Gasanstalten (die noch im Tiefbauamt 26 Pf. und in den Gasanstalten 28 Pf. betragen) an den Rat sowie Stadtverordnetenkollegium ein. Zu der Begründung wurde dargelegt, was wohl in dieser teuren Zeit mit dem niedrigen Lohn anzufangen sei. Des weiteren wurde hervorgehoben, daß auch bei den Frauen, die bei Wind und Wetter im Freien arbeiten müssen, eine Aufbesserung am Plage ist. Am 18. Januar stand die Eingabe auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Stadtw. Genosse Krause, der sich unserer Angelegenheiten stets angenommen, wollte auch jetzt wieder die Eingabe näher begründen. Er mußte aber infolge der reichhaltigen Tagesordnung hiervon Abstand nehmen und die Angelegenheit wurde einem Ausschuß überwiesen. Wer nun aber glaubte, es würde auch diesmal soviel wie nichts herauskommen, oder daß man die Eingabe gar als begraben ansehen sollte, wie man es in Friedenszeiten nur zu oft gewöhnt war, sollte sich doch etwas getraut haben. Am 22. Februar stand die Eingabe wieder auf der Tagesordnung. Wieder war es der Genosse Krause, der sich unserer annahm. Der Rat der Stadt mußte sich denn auch von ihm den Vorwurf machen lassen, daß er auf all die Eingaben seitens der Organisation es noch nicht einmal für notwendig erachtet habe zu antworten. Er verlangte ferner, daß mit den Vertretern unserer Organisation verhandelt werde. Wie es scheint, sind diese Anregungen doch auf etwas fruchtbareren Boden gefallen, denn unterm 21. Februar wurde unserer Filialleitung folgendes mitgeteilt:

„Auf Ihre Eingabe vom 20. Dezember 1916 um Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen des städtischen Dienstes teilen wir Ihnen, nachdem die eingeleiteten zuständige Betriebe und Dienststellen Entscheidung gefaßt und die Stadtverordneten hieron Kenntnis genommen haben, folgendes mit: Tiefbauamt, Gasverwaltung und Gasanstalten haben den Stundenlohn für nichtständige Arbeiterinnen um 2 Pf. erhöht. Beim Tiefbauamt betrug der Tagelohn bisher bei der Straßenabteilung 2,60 Mk., bei der Schienenabteilung 2,90 Mk. Durch den vorerwähnten Bescheid tritt eine Erhöhung von 20 Pf. für den Tag ein. Täglich werden die festgesetzten Teuerungszulagen und außerdem ein Zuschlag von wöchentlich 1 Mk. gezahlt, den alle Beschäftigten bekommen, die nicht im Bureaudienste tätig sind. Beim Elektrizitätswerke und der Straßenbahn sind schon bisher höhere Löhne gezahlt worden als bei den übrigen Stellen. Bei der Straßenbahn ist überdies durch eine vorausgehende allgemeine Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen bis zu 6 Mk. und für Fahrerinnen bis zu 9 Mk. monatliche Zulage eingetreten. Es muß bei der Verteilung der Angelegenheit auch beachtet werden, daß es sich in der M. bezahlte um nichtständige, nur für wenige Dauer angenommene Arbeitskräfte handelt. Weiter bedeuten die allgemeinen Teuerungszulagen, die den Beschäftigten des städtischen Dienstes gezahlt werden, für die hier Beteiligten eine Erhöhung des Stundenlohnes um etwa 6 Pf. Gubischmann, Bürgermeister.“

Soweit die Bestimmungen des Rates. Ob man aber mit dieser Maßnahme überall befriedigt sein wird, bezweifeln wir. Wenn man z. B. die Gartenbauverwaltung in Betracht zieht, so ist, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, nur denjenigen Frauen, die noch unter 2,00 Mk. pro Tag erhielten, der Lohn erhöht worden. Der Höchstlohn beträgt hier 2,50 Mk. Durch die vielen Einkürzungen haben die weiblichen Kräfte empfinden müssen. Es wäre wohl auch hier am Plage gewesen, wenn man den Frauen, die den Höchstlohn erreichten, ebenfalls eine Zulage von 20 Pf. gewährte. — Eine weitere Eingabe unterm 13. Februar verlangt für die Tiefbauamtsarbeiter eine Erhöhung ihrer Lebensmittelerationen. Der Filialleitung wird hierzu unterm 26. Februar 1917 folgendes mitgeteilt:

„Das Kriegswirtschaftsamt I hat uns auf unsere Vorstellung hin zur Verteilung an die Arbeiter des Tiefbauamtes und Wasserwerkes einmaltig 4 Zentner Speck überwiesen. Die Verteilung wird alsbald gegen Bezahlung des festgesetzten Preises erfolgen. Auf eine weitere besondere Zuzurechnung von Lebensmitteln kann, wie uns das Kriegswirtschaftsamt mitteilt, jedoch nicht gerechnet werden. Michalel, Stadtbaurat.“

Der Speck ist zur Verteilung gelangt. So mancher möge sich beim Verzehr derselben an längst vergangene Zeiten sich erinnern haben. Sichtlich läßt der Rat der Stadt kein Mittel unversucht, daß die Kollegen recht bald wieder einmal etwas zugeteilt erhalten.

**Mannheim.** (Teuerungszulagen.) In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 2. März stand u. a. folgender Antrag des Stadtrats zur Beratung: „Den nicht im Kriegsdienst stehenden männlichen und weiblichen Beamten, Postkassabehältern, mündigen Arbeitern und dem mündigen Soldatenpersonal mit einem Jahresentlohn bis 3000 Mk. einschließlich die vor dem 1. Januar 1917 laufende Teuerungszulage bezogen haben, wird nachträglich für das

Jahr 1916 eine einmalige Teuerungszulage gewährt, und zwar: für Unverheiratete (Ledige, Verwitwete und Geschiedene ohne Kinder und ohne eigenen Haushalt) 20 Mk., für Verheiratete und Verwitwete oder Geschiedene mit eigenem Haushalt ohne Kinder 30 Mk., für Verheiratete mit einem Kind 45 Mk., für Verheiratete mit zwei Kindern 60 Mk., für Verheiratete mit drei Kindern 75 Mk., für Verheiratete mit 4 Kindern 90 Mk., für Verheiratete mit fünf und mehr Kindern 100 Mk. Verwitwete und Geschiedene mit Kindern werden den Verheirateten mit entsprechender Kinderzahl gleichgestellt. Von den Unverheirateten sind jene den Verheirateten ohne Kinder gleichzustellen, die Angehörigen im gemeinschaftlichen Haushalt auf Grund gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung Unterhalt gewähren.“ Diese einmalige Teuerungszulage sollte gewährt werden neben der schon bestehenden laufenden Teuerungszulage. Sie war notwendig, da Löhne und Teuerungszulage zusammen unter den derzeitigen Verhältnissen eine ausreichende Erziehung nicht gewährleisten. Von dieser Zulage sollen die zur Kriegsausbeihilfe eingestellten Arbeiter nicht betroffen werden. Die sozialdemokratische Fraktion über hieran durch den Stadtw. Geil Kritik, der vom Oberbürgermeister entgegengesehen wurde, daß die Kriegsausbeihilfsarbeiter bereits im Lohne höher stehen als die ständigen städtischen Arbeiter, eine Veranlassung zur einmaligen Bezahlung einer Teuerungszulage für den Stadtrat somit nicht gegeben sei. Im übrigen, meinte der Oberbürgermeister, das Entem der Teuerungszulage sei nicht glücklich, eine entsprechende Lohnregulierung und Gleichstellung biete aber zu große Schwierigkeiten. Einente Prüfung wurde angefragt. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird noch beschloffen, die Kinderzulage um 1 Mk. zu erhöhen, was eine Mehrausgabe von 100.000 Mk. verursacht. Darauf wird der Stadtratsantrag einstimmig angenommen.

◆ Rundschau ◆

**Musk.** Plantiert von den verstorbenen, blutigen Hohen Rausch und 94 lag unter Regiment ein halbes Jahr links der Naas. Eigentlich waren wir nur Zuschauer der ungeheuren Verbrennung, wenn auch der Wald bei uns stöhnte und splinterte und das Nieder den und den ergriß. Wie oft flammte der Nachthimmel vom Wundungsfeuer der Geschüge! Signalraketen wimmelten wie tolle Sterne in der Luft. Schimmerer gierten weich und geistlich durch das schreckliche Geräde der Minen, Reibmengen, Sandgranaten und durch das harte dunkle Rachen des Sperreuters. Ich war damals Stabentelephonist. Abends bis 10 Uhr quälten die Anrufe im Staken wie müde Kinderfröche, Redungen und Berichte liefen durch das Geäder der Dämmen Träfte. Die Artillerie wurde verlangt, der Pionierpark, das Regiment, der Sanitätsunterstand — dort wurde einer Krampfhaft verfaßt, und das: „Jawohl, Herr Leutnant! Jawohl, Herr Leutnant!“ ließ vor den geistigen Augen den armen Meck erziehen, der fieberig den Hörer hielt und das „Jawohl!“ herausstieß wie die Puppe, der man auf den Bauch drückt. Zum Schluß kam der Tagesbericht, die erlarrte Form für das gewaltige Geschehen des Tages, für das Sterben, Stürmen und Weiterleben, was viel mehr ist als der brüderliche Tod. Aber es kamen auch ruhige Nächte an der Front. Die Himmelsglode tönt im Sternengefäng. Die Wege fliegen wie silberne Räder in die dunklen Schatten des erschauernden Waldes, der aus zerflossenen Stimmen neue Sproßlinge treibt. Wie kühl ist doch der Nachtwind, wie saft und weich. Wie deine Stimme, Liebling, wenn mein heißer Kopf an deinen Brüsten liegt und du mich lieb hast. Ein Nachtvogel singt in süßer Wechmut sein Lied, und in sein Geschluchze knirscht die Traubschere im Drahtverbau, wo die Kommandos arbeiten. Die Räder gehen schweigend ihren Lauf durch die bebenden Weisengründe, die ganz voll Rekel sind. Und ein Zug rollt irgendwo in der lauen Sommernacht. Und jäh schäumt dein Blut und will aus der Brust springen vor unbändiger Sehnsucht nach Heimat und Frieden. In solchen Nächten ließ auch Musik durch die dünnen Träfte bis zu uns in die Front. Hinten im Wald sah ein Telephonist auf der Vermittlung, dem das Blut plühte wie dir, den das schluchzende Vogellied heimwehkrank machte und der sein Gefühl in eine stumpfe Mundharze hineinzwang und uns in den sinkenden Unterhänden auswählte, denn er hatte die Leitungen eingeschaltet, und da sprang eine Darie in das dünne Liedlein ein, daß es wüßte, daß zu tosender Mut und alles unter sich begrub: die Sehnsucht, die Rot, den Schmutz, das Heimweh, den Tod. So gingen einige Nächte feierlich an uns vorbei, in Purpur gefleddert wie Monie und die Hände voller Traume, die uns dann im Schlaf begrudeten. Doch in einer Nacht raffte plötzlich ein Anruf in die Fontulle und zwang uns aus dümmlichen Registen auf die gleiche Erde. Auf Feldwache 6 lag ein Kamerad in seinem Platte,

es wurden französische Patrouillen gemeldet, und die Körper begannen ihren höllischen Gesang. Da Nieder verurteilt für lange Zeit, denn wenn die Geschäfte sprechen, muß das Herz still sein.  
Max Barthel (Bogesen).

**Lehrlingsnot, vaterländischer Hilfsdienst und Fortbildungsschule.** Nach den mancherlei Klagen aus Handwerkerkreisen zu urteilen, besteht eine Lehrlingsnot. Neben anderen Gründen ist dieser Lehrmangel darauf zurückzuführen, daß die Lehrlingslöhne sich meistens in sehr niedrigen Grenzen bewegen und die jungen Leute daher lieber als jugendliche Arbeiter Verdienstmöglichkeit, um bei dieser ungeheuren Teuerung leben zu können. Aus diesen Gründen haben selbst Innungsbeamteter eine bessere Entlohnung bzw. die Gewährung von Teuerungszulagen für Lehrlinge empfohlen, ohne Rücksicht auf die in den Lehrverträgen festgesetzten niedrigeren Löhne. — Neuerdings verhalten sich aber die Schreibungen, der „Lehrlingsnot“ nicht in dieser Richtung zu billigen Weise abzuheben, sondern vielmehr der Lehrmangel beim Bedarf von Arbeitkräften zum Schaden der Lehrlinge entgegenzuwirken. Auf Veranlassung der Berliner Handwerkerkammer hat der Vorstands, Obermeister Klabandt, mit dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe darüber verhandelt, ob nicht Erleichterungen für diejenigen Lehrlinge zu schaffen seien, die durch den Fortbildungsschulunterricht sehr oft den Werkstätten entzogen werden. Nach reiflicher Erwägung und Berücksichtigung aller Umstände beschloß man im Ministerrat den Erlass einer Verfügung, wonach den älteren Jahrgängen der Lehrlinge, also dem 5. und 6. Semester, der Besuch der Fortbildungsschule seltener erlassen werden solle, als das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst in Kraft ist. Bezüglich der beiden ersten Semestere, dem 1. bis 4. Semester, wurde erwidert, inwiefern vorteilhaft der Febräre Sonntags- und Abendunterricht im Sinne der jetzigen Tages Schulstunden für diejenigen Gewerbe geübt werden könne, die mit Dauerarbeiten beschäftigt sind und wegen Mangels an Arbeitskräften die Hilfe der Lehrlinge nicht entbehren können. Für die Lehrlinge aller anderen Gewerbe soll der Unterricht wie bisher, fortgesetzt werden. Man will dem Handwerk möglichst entgegenkommen, den Schulbehörden aber auch nicht die Möglichkeit der Vermehrung der Schulräume und der Beschäftigung der Lehrlinge nehmen. Eine allgemeine Schließung der Fortbildungsschulen wünschte man nicht. So berichtet ein Unternehmerorgan. Was sind gewiß dafür, daß der vaterländische Hilfsdienst möglichst voll kommen seinen Zweck erfüllt; wie gehen auch zu, daß es nicht an gangbar sein wird, ausnahmslos allen Lehrlingen denselben Fortbildungsschulunterricht zu gewähren wie in Friedenszeiten. Allen für sehr bedenklich halten wir doch die Tatsache, daß die Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht einen sehr großen Nutzen angenommen haben. So wurde bei der Beratung des Bundeskongresses einer großen Berliner Vorortsgemeinde jüngst folgende Stelle, daß von ungefähr 1200 Fortbildungsschülern 107 ganz vom Schulunterricht befreit waren und daß eine Anzahl der Befreiten während des Krieges überhaupt noch keinen Unterricht genossen hatten. Es besteht hiernach die Gefahr, daß ein erheblicher Teil unseres Nachwuchses nicht die Ausbildung erfährt, die für sein weiteres Vorkommen notwendig und nützlich ist, und daß unter dem die Güte der deutschen Gewerbetätigkeit und ihrer Arbeitbarkeit auf dem Weltmarkte dadurch gemindert wird. Berücksichtigt man entgegenzusetzen werden muß aber dem Verlust nach Abend- und Sonntagsunterricht, da von unseren abgewanderten Junglingen nach der letzten Tages bzw. Wochenarbeiten, noch dazu bei der ungenügenden Ernährung, nicht die nötige Aufmerksamkeit und gehörige Spannkraft vorausgesetzt werden kann, die für einen fruchtbringenden Unterricht unbedingt nötig ist. Da die Gewerkschaften die beruflichen Organe sind, die darüber zu wachen haben, daß dem deutschen Gewerbe kein Schaden geschieht, so können sie auch die Beachtung der Lehrlingsfrage und des Fortbildungsschulunterrichts nicht den Innungen und Handwerkskammern allein verfallen lassen, sondern sie müßten mit darüber geborgt werden, was wir auch dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe zur Beachtung empfehlen möchten.

**Verfchüttet.**

Unrecht und unentwert  
Wühlte in ihnen die heilige Flamme des Lebens.  
Alle Saat und Tat war vergebens:  
Künftig Mann in ein qualvolles Grab gelegt!  
Die eifige Nacht war sternhell,  
Als wir sie aus dem verschütteten Stollen gruben,  
Künftig Mann aus des Todes blutigen Truben,  
Nun liegen sie da zum letzten Appell.  
Die Äolide suchend zusammengekrampft,  
Klaffende Schöße, zerriffene Lungen,  
Das seine Geißt der Adern zerpfunden,  
Das purpurne Blut erstarrt und verdampft.  
Vom gewaltigen Arm des Todes gedrückt,  
Starr an den Wänden, erschrockene Herzen,  
Kamraden im Dunkel der Schwestern,  
Ob uns der Weg ins Freie glückt?  
Siehe, so liebe Brüder sind kalt und verkalbt!  
Die Jugend muß in den Gräbern verweilen,  
Wenn der Feinde aushiehet und in den Vogeln  
Der Sohn in kümmernder Freiheit rast!

Max Barthel im „Zimpliz“.

**Totenliste des Verbandes.**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Erhard Bauer, Nürnberg</b><br>Arbeiter<br>† 5. 3. 1917, 44 Jahre alt.               | <b>Johann Henk, Nürnberg</b><br>Gärtner<br>† 3. 3. 1917, 53 Jahre alt.                            |
| <b>Josef Grahamer, München</b><br>Arbeiter<br>† 9. 3. 1917, 53 Jahre alt.              | <b>Heinr. Ortmann, Hamburg</b><br>† Februar 1917, 54 Jahre alt.                                   |
| <b>Karl Haselbach, Wiesbaden</b><br>Kontrollant<br>† 6. 3. 1917, 66 Jahre alt.         | <b>Oskar Schulze, Dresden</b><br>Arbeiter<br>† 2. 3. 1917, 52 Jahre alt.                          |
| <b>Wilhelm Kripke, Hamburg</b><br>Strom- und Hafensbau<br>† 15. 2. 1917, 61 Jahre alt. | <b>H. Herrmann, Stralsburg i. C.</b><br>Fabrikantenhilfsarbeiterin<br>† 2. 3. 1917, 72 Jahre alt. |
| <b>August Langhein, Hamburg</b><br>Friedhof<br>† 6. 3. 1917, 59 Jahre alt.             | <b>H. A. Spreer, Chemnitz</b><br>Arbeiter<br>† 7. 3. 1917, 62 Jahre alt.                          |
| <b>F. W. Mohn, Chemnitz</b><br>Arbeiterin<br>† 18. 2. 1917, 34 Jahre alt.              | <b>Hermann Weiß, Dresden</b><br>Arbeiter<br>† 9. 1. 1917, 46 Jahre alt.                           |
| <b>Ch. Mulschler, Mannheim</b><br>Zimmermann<br>† 22. 12. 1916, 59 Jahre alt.          | <b>Wilhelm Winkler, Leipzig</b><br>Tischbaumeister<br>† 3. 3. 1917, 59 Jahre alt.                 |

**Gustav Ziegenbalg, Dresden**  
Arbeiter  
† 6. 3. 1917, 56 Jahre alt.



**Opfer des Weltkrieges:**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Hermann Bielenberg, Kiel</b><br>am 1. März 1917 im Alter von 35 Jahren i. Kriegs-Lazarett gest. | <b>Gustav Stein, Hamburg</b><br>am 11. Februar 1917 im Alter von 35 Jahren gefallen.  |
| <b>Emil Bohn, Berlin</b><br>am 11. Februar 1917 im Alter von 28 Jahren gefallen.                   | <b>Friedrich Stengel, Kaufha</b><br>am 6. März 1917 im Alter von 41 Jahren gefallen.  |
| <b>Albert Rehbock, Berlin</b><br>am 20. November 1916 im Alter von 38 Jahren gefallen.             | <b>Otto Vater, Götting</b><br>am 1. Dezember 1916 im Alter von 28 Jahren gefallen.    |
| <b>Rudolf Schirmer, Hamburg</b><br>am 11. Februar 1917 im Alter von 28 Jahren gefallen.            | <b>Hartwig Warnke, Hamburg</b><br>am 27. Januar 1917 im Alter von 25 Jahren gefallen. |

Gehre ihren Andenken!

**Eingegangene Schriften und Bücher**

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft 61, m. b. H., Berlin 228, 60). Das eben erschienene Heft 4 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Vennig, M. d. H. Gewerkschaften. Hermann Wendel, M. d. H. Die Arbeiterbewegung Deutschlands. Heinrich Guntow: Englands Ziegelschmiede. Hans Strauß: Prinzip und Taktik. Franz Tiedebach: Dajostoff und Zolomon. Otto Kasse: Die Stud. Heinrich Verich: Ansprache der Vergleite. Gleichen Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.